

Ein gut angelegter Kredit

Als Träger einer Mobilitäts-App unterstützt die Gemeinde Vaduz deren Lancierung mit 150 000 Franken.

Oliver Beck

Die Bestandsanalyse der Regierung in ihrem Mobilitätskonzept 2030 fällt eindeutig aus: Schon heute gelangt das nationale Strassennetz zu Stosszeiten an Belastungsgrenzen. Und der Verkehr wird weiter zunehmen – zwischen 2025 und 2040 je nach Entwicklungsszenario um bis zu 60 Prozent. Entsprechend wichtig ist es im Sinne attraktiver Lebensräume und

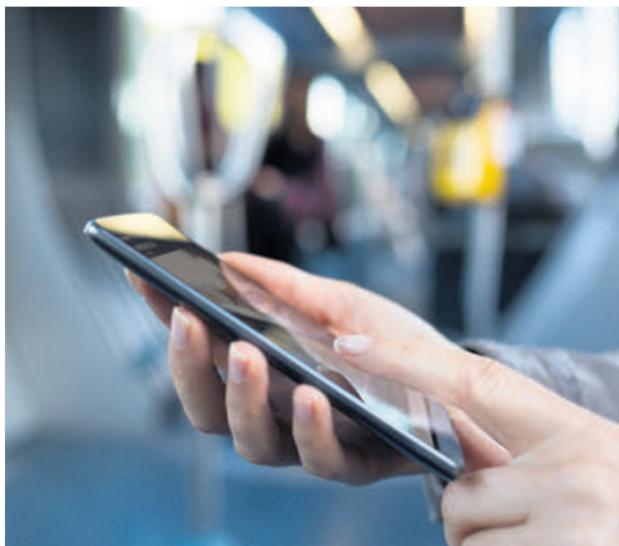
#näherdran

eines attraktiven Wirtschaftsstandorts, sowohl Ansätze zur Kapazitätserweiterung zu verfolgen als auch eine optimale Nutzung bestehender Verkehrsinfrastrukturen anzustreben.

Grosse Hoffnungen setzt die Regierung bezüglich letzterem auch in die Digitalisierung. Sie bietet Möglichkeiten bei der Bedarfs- und Kapazitätsplanung wie auch bei der Unterstützung der Nutzer, schreibt

sie in ihrer 2019 präsentierten «Digitalen Agenda Liechtenstein»: «Die zunehmende An- und Verbindung unterschiedlicher Verkehrs- und Dienstleistungsangebote verlangt nach Lösungen, welche die verschiedenen Angebote miteinander vernetzen (...)» Die Plattform digital-liechtenstein.li wird nun genau in diese Richtung tätig. Sie ist dabei, ein Konzept für eine App zu entwickeln, welche die Angebote des öffentlichen Verkehrs gebündelt und nutzerfreundlich sichtbar macht, den User über aktuelle und künftige Verbindungsmöglichkeiten informiert und beim Erwerb eines Tickets Hand bietet.

Die Gemeinde Vaduz wiederum will den Projektverantwortlichen Hand bieten – und hat deshalb eine Trägerschaft für die digitale Mobilitätsplattform übernommen, wie dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22. September zu entnehmen ist. Für die Lancierung der App wurde demnach ein Kredit in Höhe von 150 000 Franken bewilligt. Ausserdem genehmigte der Rat für die Jahre 2021 bis 2023 einen jährlichen Kredit von 50 000 Franken zur Finanzierung des laufenden Betriebs der Plattform.



Die Gemeinde Vaduz hat die Trägerschaft für eine digitale Mobilitätsplattform übernommen. Bild: iStock

Die Motive hinter dem Engagement der Gemeinde sind na-

heliegend. Von den 40 611 Beschäftigten, die in Liechtenstein per 31. Dezember 2019 gezählt wurden, gingen 10 841 respektive 26,7 Prozent ihrer Arbeit in Vaduz nach. Damit liegt der Hauptort nicht nur einmal mehr

Neues Spielfeld für Rheinpark Stadion wird nochmals teurer

Als der Gemeinderat im August 2019 die Erneuerung des Spielfelds im Rheinpark Stadion mitsamt Installation einer Rasenheizung genehmigte, bewilligte er hierfür einen Verpflichtungskredit in Höhe von 4,5 Millionen Franken. Vier Monate später genehmigte er «aufgrund der erhöhten Auftragsvergabe des Totalunternehmer-/Gesamtauftrages» einen ersten Nachtragskredit in Höhe von 330 000 Franken, wie dem Sitzungsprotokoll vom 19. Dezember 2019 zu entneh-

men ist. Nun kommt ein zweiter Nachtragskredit hinzu. Volumen hier: 310 000 Franken. «Bei der Ausführungsplanung wurden gegenüber dem Bauprojekt einige bauliche betriebliche Verbesserungen erkannt, die eindeutig für die Realisierung sprechen», heisst es im Sitzungsprotokoll vom 22. September. Dazu gehören unter anderem ein zusätzlicher Ausbau des Medienkanals und eine weitere Absicherung jeder Heizschlaufe. (bo)

unangefochten an der Spitze der Liechtensteiner Gemeinden, sondern zählt auch regional zum Spitzenfeld. Funktionale Lösungsansätze im Verkehrsbereich sind da unabdingbar – heute, vor allem aber

auch morgen: Wenn die Arbeitnehmer nachhaltig und optimal zu ihren Arbeitsplätzen gelangen, heisst es im Protokoll, könne der Arbeitsort «nachhaltig gesichert und ausgebaut werden».

«Digitales Zentralbankgeld ist die Zukunft»

Die Stiftung Zukunft.li widmete sich gestern dem Währungsvertrag und künftigen Entwicklungen der Geldpolitik.

Seit gut 100 Jahren gilt in Liechtenstein der Schweizer Franken als gesetzliche Landeswährung. Aber erst 1980 wurde ein Währungsvertrag mit der Schweiz geschlossen, der dieser Praxis einen rechtlichen Rahmen verschaffte.

Die Stiftung Zukunft.li beschäftigte sich gestern in ihrer Veranstaltung «Währungsvertrag und Geldpolitik» im Gamprin Saal ausführlich mit dem Themenkomplex Währungsvertrag. Der Referent Hans Kuhn war als ehemaliger Leiter für Recht der Schweizer Nationalbank jahrelanger Ansprechpartner zu Fragen über den Währungsvertrag. Im Rahmen einer Studie von Zukunft.li durfte er jetzt der Frage nachgehen, ob es für Liechtenstein eine Alternative gäbe.

Währungsvertrag ist alternativlos

Kuhns Fazit ist klar: Eine ernsthafte Alternative zum aktuellen Währungsvertrag ist zur Zeit kaum erkennbar. Weder die Etablierung eines «Liechtensteiner Frankens», noch der vollständige Verzicht auf eine einzige gesetzliche Währung



Zukunft.li diskutierte mit zwei Experten über aktuelle Entwicklungen der Geldpolitik. Bild: Tatjana Schnalzer

scheinen dem Experten als gangbare Option. Allerdings ist auch der Währungsvertrag nicht frei von Problemen. So hat sich beispielsweise das Schweizer Währungsrecht seit dem Erlass des Vertrages mas-

siv weiterentwickelt. «Der Währungsvertrag ist damals aus Anlässen entstanden, die längst Geschichte sind», erläuterte Kuhn. Aus diesem Grund gelte es, den Währungsvertrag stetig weiterzuentwickeln.

Zum Schluss wurde die Frage gestellt, welcher währungsrechtlichen Aufgabe Hans Kuhn widmen würde, wäre er liechtensteinisches Regierungsmitglied. Der Jurist gab eine eindeutige Antwort: Die

Digitalisierung von Zentralbankgeld. Damit wurde nahtlos zum zweiten Thema der Veranstaltung übergeleitet.

Der nachfolgende Referent Dirk Niepelt, Professor für Volkswirtschaft und Direktor des Studienzentrums Gerzensee der Schweizerischen Nationalbank, widmete sich den Chancen von digitalem Zentralbankgeld.

Niepelt erläutert, dass bereits jetzt Zentralbanken digitales Geld herausgeben; allerdings nur für Geschäftsbanken. Die Idee von digitalem Zentralbankgeld wäre, den Zugang zu diesem Geld für einen möglichst breiten Nutzerkreis zu erweitern: Jeder Bürger soll ein Konto bei der Zentralbank eröffnen und Einlagen bilden können. Damit könnte der Zahlungsverkehr sowie die Wertaufbewahrung fortan über die Zentralbanken erfolgen; man würde dafür nicht mehr die Geschäftsbanken benötigen. Der Volkswirt schliesst mit der Gewissheit: «Digitales Zentralbankgeld ist die unausweichliche Zukunft.»

Elias Quaderer

Regierung erachtet DpL-Initiative als nicht sinnvoll

Die Regierung hat den Bericht und Antrag über die Vorprüfung einer Gesetzesinitiative verabschiedet, mit welcher der Landtag das Wahl- und Abberufungsrecht für die Mitglieder der strategischen Führungsebene von öffentlichen Unternehmen erhalten soll. Diese parlamentarische Initiative wurde von den Abgeordneten Erich Hasler, Herbert El-kuch und Thomas Rehak eingereicht und der Regierung mit dem Schreiben vom 17. September zur Vorprüfung übermittelt.

Die Regierung kommt nach erfolgter Prüfung zu dem Ergebnis, dass die parlamentarische Initiative verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist. Des Weiteren erachtet die Regierung die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen als inhaltlich nicht sinnvoll. Sie widerspricht aus Sicht der Regierung dem grundsätzlichen Aufbau des Corporate Governance und führt zu unklaren sowie inkonsistenten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Die Regierung spricht sich daher gegen die Initiative aus und beantragt beim Landtag, auf diese nicht einzutreten. (sap)

Noch kein Vaterland-Abo?

- ✓ Unbeschränkter Zugriff auf vaterland.li
- ✓ E-Paper: Liewo, KuL, «Vaterland»-Magazine
- ✓ Vaterland-News per SMS
- ✓ E-Paper «Liechtensteiner Vaterland» – Montag bis Samstag täglich ab 24 Uhr in der App news.li und online auf vaterland.li verfügbar
- ✓ unbeschränkter Zugang zum Online-Archiv seit 1914
- ✓ Jeden Freitag: Wirtschaft regional E-Paper



Jetzt bestellen – ab sofort nichts mehr verpassen! Abo bestellen: +423 236 16 61, abo@vaterland.li

nur
CHF **69.-**
Aktionssabo
für 3 Monate
Print + E-Paper

E-Paper Hotline:
Telefon
+423 236 16 61
E-mail
abo@vaterland.li